

# Kein Winterschlaf für die Wagenplatz-Frage!

Die Alternative Linke fordert die Stadtberner Politik auf, nach dem JA zum untauglichen Zonenplan-Experiment die Wagenplatz-Frage sinnvoll und mit den direkt Betroffenen zusammen anzugehen, anstatt sich weiterhin zwischen Verhinderungspolitik, Baurecht, Zonenplänen und Alibi-Übungen zu verstecken.

## **1985-2013: Über sieben Wagenplätze musst Du gehn?**

Wir erinnern uns: 1985 wurde das Gaswerkareal durch das Hüttendorf Zaffaraya besetzt und 1987 geräumt. Nach der Wiederbesetzung des Areals im Herbst 1988 und der Überwinterung im Eichholz 1988/89, wurde das Wohnkollektiv Zaffaraya schliesslich in den letzten 24 Jahre mit dem Segen der Stadtregierung neben (und seit 2006 hinter) dem Park&Ride Neufeld geduldet.

In den letzten 28 Jahren gab es in Bern neben dem Zaffaraya und Einzelwagen sechs andere Wagenplatz-Gruppen: Vorplatz-Reitschule, Rollende Möpfe, Projäkt Korräkt in den 1990ern und im 21. Jahrhundert die Stadttauben und die beiden aktuell bestehenden Gruppen Stadtnomaden + Pfrundwald-Bethlehem.

Schon 1996 fand eine Abstimmung über experimentelle Wohnzonen statt, welche leider an der Nein-Mehrheit der stimmberechtigten Haus- und Wohnungswohnenden scheiterte. Das heutige JA zu einer Zone in der Grösse eines halben Fussballfeldes ist im wahrsten Sinne des Wortes kein grosser Wurf: eine kleine, schlechte Lösung ist keine Lösung.

## **Fast seit drei Jahrzehnte unsicherer Wohnraum**

Ähnlich wie in anderen Städten wie Biel (Schrottbar, Piano-Kollektiv), Luzern (Wagenplatz Ibach + Sous le Pont), Basel (Wagenplatz Basel), Zürich (Binz bzw. neu Koch-Areal) oder in Berlin, Hamburg und vielen anderen deutschen und europäischen Städten leben auch in der Stadt Bern seit fast 30 Jahren verschiedenste Menschen in Bauwagen oder Hüttensiedlungen: Heute wächst in einigen der real existierenden „experimentellen Wohnzonen“ die dritte Generation Wagenplatz-Wohnende heran und wird wohl in einem der nächsten Schulaufsätze ihren wohnungswohnenden Mitschüler\_innen über die Vorurteile der Nicht-Wagen-Wohnenden berichten.

Trotz diesem real existierenden Faktum tun sich Verwaltung, Regierung und rechte Parteien enorm schwer. Anstatt wie bei anderen ganz normalen und selbstverständlichen gesellschaftlichen Entwicklungen (wie zum Beispiel Frauenstimmrecht, Konkubinat oder der Homoehe) endlich adäquat zu reagieren und vernünftige rechtliche Grundlagen zu schaffen, um den Betroffenen rechtliche und soziale Sicherheit zu gewährleisten, wird nach wie vor kleinlich gemauert, die Bürokratie vorgeschoben oder Wagenwohnende dämonisiert.

Statt nun alle 3 Monate umziehen zu müssen (Stadtnomaden gemäss Vereinbarung + Baurecht), Standortunsicherheit wegen baurechtlichen Auseinandersetzungen zu haben (Pfrundwald-Bethlehem) oder der wankelmütigen Gnade der Stadtoberkeit ausgeliefert zu sein (Zaffaraya) sollen die Betroffenen nun also alle auf ein und demselben kleinen Stück Land zusammengepfercht werden. So jedenfalls hat Stadtpräsident Tschäppät angekündigt, ein JA zu interpretieren.

Die Stadt Bern muss das Problem so oder so angehen – es gibt immer wieder Fahrende, die sesshaft werden wollen – auch für diese Fälle muss eine Lösung her. Wenn nicht, passiert was immer wieder passierte in den letzten 28 Jahren: Wagenwohnende ziehen entnervt und enttäuscht in Wohnungen oder gehen mit ihren Wagen in andere Städte.

Der Tatbeweis für das Bedürfnis nach Wagenplätzen und Orten für „experimentelles“ Wohnen wurde von Dutzenden von Leuten erbracht. Niemand will Rosen auf den Weg gestreut, aber auch nicht Steine in den Weg gelegt bekommen. Die Politik muss nun den Tatbeweis erbringen, dass sie nicht nur die Bedürfnisse ihrer nicht-wagenwohnenden Klientel berücksichtigt.